



## 1. Wohnraum

**Bezahlbarer Wohnraum ist ein Menschenrecht. Wir erleben aber, dass die Realität in Köln eine andere ist. Die Mieten steigen und es ist mitunter nicht leicht, für Familien, Menschen mit geringerem Einkommen, geeigneten und bezahlbaren Wohnraum zu finden.**

### - Wie ist Ihre Position zum Themenbereich bezahlbarer Wohnraum?

Wohnen ist die soziale Frage unserer Zeit. Die Bevölkerung der Stadt Köln wird weiterhin stark wachsen. Aber schon jetzt gibt es viel zu wenig Wohnraum. Das ist an den seit Jahren steigenden Mieten und Eigentumspreisen leicht zu erkennen. Von den von der Stadtverwaltung selbst errechneten 30.000 benötigten neuen Wohnungen im Zeitraum zwischen 2015 bis 2019 wurden noch nicht einmal 15.000 Wohnungen gebaut. Bis zum Jahr 2030 werden Stand heute ca. 50.000 neue Wohnungen benötigt. Im Gegenzug werden bis zum Jahr 2030 bis zu 15.000 der zurzeit ca. 40.000 öffentlich geförderten Wohnungen aus der Sozialbindung fallen. Dabei hat fast jede\*r zweite Kölner\*in einen Anspruch auf eine öffentlich geförderte Wohnung. Das Ziel der Stadt Köln, jährlich 1.000 neue öffentlich geförderte Wohnungen im Jahr zu bauen, ist daher viel zu gering.

Wir müssen neuen bezahlbaren Wohnraum schaffen. Zudem müssen wir zusehen, dass wir bestehenden bezahlbaren Wohnraum erhalten, beispielsweise über die Wohnraumschutzsatzung und den verstärkten Einsatz von sozialen Erhaltungssatzungen. Das ist die zweite wichtige Säule in der Wohnungspolitik, der wir uns widmen müssen.

### - Welche Maßnahmen planen Sie, dass Menschen gut und gerne in Köln leben können?

Wir brauchen viel mehr neuen bezahlbaren Wohnraum. Primär gilt: Bauen, Bauen, Bauen! Ich habe mir zum Ziel gesetzt, 10.000 neue Wohnungen pro Jahr zu bauen, davon 5.000 öffentlich geförderte. Über einen Wohnungsbaufonds über 500 Millionen Euro werde ich mich dafür einsetzen, dass der Bau von bezahlbaren Wohnungen massiv gefördert wird. Der Bau neuer Stadtquartiere wie z.B. im Mülheimer Süden, Deutzer Hafen, Parkstadt Süd einschließlich der Erweiterung des Inneren Grüngürtels bis zum Rhein, Kreuzfeld bei Blumenberg und Zündorf-Süd werde ich vorantreiben. Zusätzlich müssen wir neue Wohnungsbauflächen ausweisen, um die Bedarfe der Stadt zu decken.

Ich werde kreative Lösungen forcieren, um neuen Wohnraum zu schaffen. Dazu gehört zum Beispiel, Parkplätze und Lebensmittelmärkte mit Wohnungen zu überdachen. Ebenso müssen wir Eigentümer stärker verpflichten, Baulückengrundstücke zu bebauen.

Bei Wohnungsbauprojekten werde ich sozial-ökologisch orientierte Kleingärten, Mieter\*innengärten und Urban Gardening fördern, ebenso die Hof-, Fassaden- und Dachbegrünung.

Ich werde mich zudem für die Ausweitung von Milieuschutzsatzungen in allen Bereichen Kölns einsetzen. Zudem werde ich mich dafür einsetzen, die Wohnraumschutzsatzung noch einmal zu verschärfen und noch mehr Personal für ihre Durchsetzung und Kontrolle einstellen. Das Land NRW





muss den Rechtsrahmen dafür schaffen, dass eine durchsetzbare und sanktionierbare Registrierungspflicht für Ferienwohnungen geschaffen wird. Zudem muss der Bußgeldrahmen für Verstöße gegen das Verbot, Wohnungen Zweck zu entfremden, drastisch erhöht werden (von 50.000 auf 500.000 Euro)

**- Was werden Sie tun, um geförderte Wohnungen in der Innenstadt zu halten und eine Verdrängung der Menschen aus ihren Vierteln zu stoppen?**

Ich werde mich dafür einsetzen, dass im öffentlich geförderten Wohnungsbau Belegungsbindungen verlängert werden. Zudem werde ich dafür sorgen, dass städtische Grundstücke zukünftig nur noch im Erbbaurecht vergeben werden. Über den Erbbaurechtsvertrag kann dann vereinbart werden, dass Wohnungen weit länger für Einkommensgruppen des öffentlich geförderten Wohnungsbau zur Verfügung gestellt werden müssen als dies die Darlehensbedingungen des Landes vorsehen. Zudem wird soll der Anteil an frei finanzierten Wohnungen maximal 20 % betragen; der Rest soll ein Mix aus öffentlich geförderten, preisgedämpften und genossenschaftlichen Wohnungen darstellen.

Zudem setze ich mich dafür ein, dass in Köln viel mehr Gebiete für soziale Erhaltungssatzungen (sog. Milieuschutzsatzungen) ausgewiesen werden. Damit kann die Struktur der angestammten Wohnbevölkerung vor Verdrängung geschützt werden, da insbesondere Luxussanierungen unterbunden werden können. Zudem kann die Stadt Immobilienspekulationen durch die Ausübung ihres Vorkaufsrechts für Baugrundstücke unterbinden. Bisher existieren zwei Gebiete (ein Teil der Stegerwaldsiedlung in Mülheim, Severinsviertel in der Innenstadt), ein weiteres ist in Erarbeitung (Mülheim-Südwest). Aber z.B. auch für Ehrenfeld, Sülz, Deutz, Kalk, das Rathenau-Viertel oder das Eigelstein-Viertel kommen Milieuschutzsatzungen in Betracht. Ich werde so viel Mittel und Personal bereitstellen, dass jedes Quartier, das zum Schutz vor Verdrängung eine Milieuschutzsatzung benötigt, auch eine solche Satzung bekommt. Das Land NRW muss das Verbot der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen in Milieuschutzgebieten wieder in Kraft setzen.

## **2. Bildung**

**Die Corona-Krise hat ganz deutlich offengelegt, dass der Bildungssektor in den letzten Jahren vernachlässigt wurde. Die Schulen sind nicht ausreichend auf den Digitalisierungsprozess vorbereitet worden. Die nötige Technik und das Wissen damit umzugehen, sind nicht immer vorhanden.**

**Insbesondere möchten wir Ihre Position im Hinblick erfragen auf:**

**- Welche Maßnahmen planen Sie im Punkte Digitalisierung in der Schule?**

Tatsächlich hat Corona uns vor Augen geführt: kaum eine Schule war mit digitalen Konzepten auf die Schließungen vorbereitet. Unterricht per Videokonferenz oder online abrufbare Arbeitsaufträge? Mangelware. Und nicht jede Familie kann sich ein Tablet oder einen Laptop leisten, damit ihre Kinder





am digitalen Lernen teilhaben können. Die Bildungschancen sind aktuell noch ungerechter verteilt als in der Zeit vor der Pandemie.

Derzeit leiden hauptsächlich die Schüler\*innen darunter, die zu Hause nicht so gut lernen können, wie es nach dem Stand der Technik eigentlich möglich wäre. Die Kinder brauchen ausreichende Unterstützung, um die passenden Endgeräte zu bekommen. Die Stadt muss jetzt schnell handeln. Das Geld ist da, jetzt muss das Thema endlich angepackt werden. In den letzten drei Jahren sind schon insgesamt rund 100 Millionen Euro nach Köln geflossen – über das Programm "Gute Schule 2020", das die SPD-geführte Landesregierung 2016 ins Leben gerufen hatte. Viel Geld fließt jetzt auch über den „DigitalPakt NRW“ nach Köln, mehr als 47 Millionen Euro, die die Bundesregierung bereitgestellt hat.

Mein Ziel ist, die digitale Infrastruktur zu verbessern. Dass immer noch nicht alle Schulen mit W-Lan in ausreichender Bandbreite versorgt sind, ist ein Armutszeugnis für diese Stadt. Das muss ganz schnell nachgeholt werden!

Deshalb werde ich speziell für diese Aufgabe eine Task Force einrichten, die umgehend nicht nur die Ausstattung der Schulen und Schüler\*innen, sondern auch die Qualifizierung der Lehrer\*innen in Angriff nimmt. Digitales Lernen soll in Köln schulischer Alltag werden können. Dabei werde ich dafür durch den Aufbau eines zentralen Schul-IT-Betriebes dafür sorgen, dass eine funktionierende technische Infrastruktur das digitale Lernen für alle ermöglicht. Ein zentraler kommunaler Schul-IT-Betrieb entlastet die Schulen von IT-Administrationsaufgaben, schafft Synergien bei Betriebsaufgaben, die einmal für alle Schulen geleistet werden können, und professionalisiert den IT-Betrieb und IT-Support.

Wir brauchen die flächendeckende Ausstattung der Schulen mit moderner Technik - und die entsprechenden Geräte für jeden Schüler, damit Unterricht von zuhause auch funktioniert.

#### **- Welche Maßnahmen planen Sie in Bezug auf die Bildungsgleichheit?**

Nirgendwo hängen Lebensweg und Schulabschluss von Kindern so stark vom Geldbeutel der Eltern ab wie in Deutschland. Auch in Köln entscheidet viel zu oft die Wohnadresse über den weiteren Lebensweg der Kinder.

Ich werde dafür sorgen, dass Familien in ganz Köln eine gerechte Chance auf einen Kitaplatz bekommen. Die Stadt kommt mit ihrem Kitausbau nicht so schnell voran, wie es nötig wäre. Wenn es schon die Bereuungsquoten gäbe, die die Stadtverwaltung seit Jahren ankündigt, wären 2.000 Kinder mehr in Kitabetreuung als jetzt tatsächlich der Fall ist. Ich aber will Familien nicht mit ihrem Betreuungsproblem allein lassen. Die Bildungsgleichheit fängt in der Kita an. Alle Kinder brauchen gleiche Chancen auf frühe Förderung und Sprachentwicklung.

Ich halte Kita-Gebühren für ungerecht und für zu hoch. Wir kämpfen seit Jahren für die Abschaffung der Betreuungsgebühren – Bildung muss im gesamten Lebenslauf kostenfrei sein, nicht nur in der Schule, sondern auch in der Kita - von Anfang an.





Ich will, dass Qualität und Ausstattung einer Schule nicht von ihrem Standort abhängt, sondern in ganz Köln gerechte Verhältnisse entstehen. Dafür werde ich als Oberbürgermeister bei der Ausstattung der Schulen mit Schulsozialarbeit, mit Unterstützungs- und Beratungsangeboten, aber auch mit technischem Equipment konsequent unseren schulscharfen Sozialindex anwenden. Ich werde mich dafür einsetzen, dass Schulen in Stadtteilen mit besonderen sozialen Herausforderungen mehr Unterstützung erhalten.

Die Bildungsgleichheit scheidet derzeit allein schon daran, dass es viel zu wenig Schulen in Köln gibt. Bei Klassen mit mehr als 30 Kindern herrscht dringvolle Enge. Die Schwächeren und die, die mehr Aufmerksamkeit benötigen, kommen dabei zu kurz. Dabei hat Köln eine bundesweit gelobte Schulbaurichtlinie.

Mehr als 54 neue Schulen müssen in den kommenden Jahren entstehen, aber tatsächlich kommen die Bauprogramme im Schulbau nicht schnell genug voran. An rund 74 von über 190 dringenden Schulbaumaßnahmen wird derzeit gebaut. Hier sehe ich einen Schwerpunkt meiner Arbeit als Oberbürgermeister: mehr Schulplätze schaffen durch schnelleres Bauen, einfachere Verfahren, kreativere Gebäudenutzungen.

Dem Bauprogramm für den Offenen Ganzttag werde ich Priorität einräumen, denn besonders in den Stadtteilen, wo Kinder nicht privilegiert aufwachsen können, fehlen derzeit die Möglichkeiten für eine qualitätvolle Ganztagsbetreuung. 1000 Kinder stehen derzeit auf der Warteliste für einen Platz im offenen Ganzttag!

**- Wie stellen Sie sicher, dass gerade Kinder und Jugendliche aus bildungsfernen Milieus Zugang zu guter Bildung bekommen?**

Ich werde die Gesamtschule als eine „Schule für alle“ nach Kräften unterstützen und dafür sorgen, dass gerade diese Schulform als Angebot schneller ausgebaut wird. 951 Kinder wurden dieses Jahr an Gesamtschulen abgelehnt – die Nachfrage ist immens.

Die Gesamtschule bietet allen die gleichen Chancen: dort sind alle Schulabschlüsse möglich, vom Hauptschulabschluss bis zum Abitur. Das Ganztags-Angebot ist wichtig für die vielen Schülerinnen und Schüler, die zuhause keine Förderung erhalten. Auch Kinder aus Familien mit niedrigem Bildungsniveau können sich dort entwickeln, sogar Abitur machen, weil in den Klassen 5 bis 10 sehr durchlässig gearbeitet wird und man nicht zu früh auf einen bestimmten Abschluss festgelegt wird. Nach einer aktuellen Studie hatten drei von vier Abiturient\*innen bei ihrem Schulwechsel auf die





weiterführende Schule keine Gymnasialempfehlung - und konnten dank ihrer Schullaufbahn an einer Gesamtschule ihr Abitur machen.

Auch Kinder mit einem Handicap können dort leichter in ihrem eigenen Tempo lernen. Darum ist es mir auch wichtig, dass die Klassengröße im Gemeinsamen Lernen unter 27 Kindern bleibt. Nachdem sich die Gymnasien im Alleingang gegen die Inklusion entschieden haben, also keine Kinder mit Handicaps aufnehmen, ruhen die Erwartungen vieler Familien auf den Gesamtschulen.

Und weil Köln eine wachsende Stadt ist, in der viele neue Stadtquartiere mit eigenen Grundschulen entwickelt werden, sorgen besonders die Gesamtschulen als weiterführende Schule für das breiteste aller möglichen Bildungsangebote.

Bei der Ausstattung der Schulen halte ich die Möglichkeit zur Ausleihe von Medien und Geräten für alle Kinder – unabhängig vom Geldbeutel der Eltern – für eine wichtige Maßnahmen, um gleiche Chancen zu sichern.

Beim Übergang von der Schule in die Berufsausbildung will ich keine(n) der jungen Leute allein lassen. Ich unterstütze daher den Erhalt und die Stärkung der kommunalen Koordinierungsstelle des Programms „Kein Abschluss ohne Anschluss (KAoA)“. Ich mache mich stark für eine bessere Berufsberatung, ebenso für ein besseres, von der Stadt gestütztes Übergangsmangement von der Schule zum Beruf. Ich werde mich auch für eine Stärkung der Berufsbildung und Weiterbildung einsetzen. Die Kölner Berufskollegs bilden eine wichtige Säule in der Kölner Schullandschaft und bieten Jugendlichen vielfältige Wege für einen qualifizierten Schulabschluss mit intensiven Unterstützungsmaßnahmen. Bildung braucht eine gute und solide Finanzierung. Was wir dringend benötigen, ist eine neue Verantwortungsgemeinschaft zwischen Bund, Land und Kommune im Bildungsbereich.

**Nachhilfe, Musikschule, Sportverein - Kinder aus einkommenschwachen Familien können dies nicht nutzen.**

**- Wie werden Sie die soziale Teilhabe dieser Kinder verbessern?**

Indem wir die Qualität der täglichen Betreuung von Kindern und Jugendlichen erhöhen, schaffen wir für alle – unabhängig von Alter, sozialer Schicht oder Herkunft - die Möglichkeiten für sportliche, musikalische oder schulische Förderung. Hierfür müssen wir mehr pädagogisches Personal im Offenen Ganztage anstellen bzw. die Stundenzahl erhöhen und einen angemessenen Personalschlüssel samt entsprechenden Qualitätsstandards festlegen – pädagogisch wie räumlich. Die Träger des offenen Ganztages sollen durch eine angemessene Förderung durch Land und Stadt in die Lage versetzt werden, ihre Mitarbeiter\*innen tarifgerecht – entsprechend des TVöD – zu





entlohnen. Die Stadt darf nur noch mit Trägern zusammenarbeiten, die den TVÖD anwenden. Dafür werde ich mich einsetzen. Es gibt schon jetzt erfolgreiche Programme, um benachteiligten Kindern und Jugendlichen den Sport näher zu bringen und damit ihr Gemeinschaftsgefühl und die Teilhabe zu stärken, z.B. „Sport in Metropolen“, „Mitternachtssport“, „Sicher schwimmen“ und „Sportbetonte Schulen“. Der Stadtsportbund und die Sportjugend sind dabei in jeder Hinsicht zuverlässige Partner.

Da sowohl familiäre Ressourcen als auch das direkte Nahumfeld von Kindern und Jugendlichen das Aufwachsen prägen, verfolgt die KölnSPD die Vision von lokalen Bildungslandschaften in allen Kölner Stadtteilen. Das werde ich fördern und unterstützen.

Es gibt aber noch viele andere Möglichkeiten, Kinder jeglicher Herkunft und Sprache an das Kölner Kulturangebot heranzubringen. Ich werde beispielsweise die Zusammenarbeit der lokalen Stadtbibliotheken mit den Kitas und Schulen weiter ausbauen. Bereits die Kleinsten können an ein solches Bildungsangebot herangeführt werden. In jede Schultüte gehört ein Büchereiausweis!

Musikalische Bildung will ich allen interessierten Kindern und Jugendlichen ermöglichen – auch solchen, in deren Umfeld das Erlernen eines Instruments nicht selbstverständlich ist. Das Angebot der Rheinischen Musikschule gehört dafür weiter ausgebaut und die Teilnehmerbeiträge bei gleichzeitigem Erhalt der Unterrichtsqualität für Familien in prekären Lebenssituationen vollständig ausgesetzt.

Ich werde die Rheinische Musikschule ermutigen und in die Lage versetzen, dass noch mehr dezentrale Angebote in den Grundschulen geschaffen werden und jedes Kind sein Instrument erlernt, das es sich wünscht.

Um die gute Arbeit der Rheinischen Musikschule abzusichern, halte ich aber auch die Verbesserung der teilweise noch immer prekären Arbeitssituation der Musiklehrer\*innen für erforderlich.

**- Welche Position vertreten Sie zum Ausbau von befähigenden Sachleistungen wie die kostenlose Nachhilfe oder den freien Eintritt bei Kulturveranstaltungen?**

Ich unterstütze die Möglichkeiten zur Kostenbefreiung bei Ferienförderkursen, bei den Angeboten zur Lernförderung und zu den kulturellen und sportlichen Angeboten, die das Bildungspaket beinhaltet. Die Bundesregierung hat die Zugänge zu den Leistungen des Bildungs- und Teilhabe-Paketes mit dem Starke-Familien-Gesetz (StFamG) zum 1.8.2019 deutlich erleichtert. Dies und jeden weiteren Ausbau der familiären Unterstützungsleistungen befürworte ich ausdrücklich.







### **3. Vereinbarkeit von Familie und Beruf / Lohn / Care-Arbeit**

**Ein weiteres wichtiges Thema ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, gerade für Frauen. Die Krise hat gezeigt, dass es meist Frauen sind, die zuhause bleiben, die Care-Arbeit übernehmen und zeitgleich noch im Homeoffice arbeiten.**

**- Wie setzen Sie sich für eine Gleichbehandlung der Geschlechter in Bezug auf Bezahlung und Care-Arbeit ein?**

Die Corona-Krise hat verdeutlicht, dass die Ungleichbehandlung von Frauen und Männern im beruflichen Kontext weiterhin traurige Realität ist und weit über den Problemkomplex der ungleichen Bezahlung oder der fehlenden Chancengleichheit hinausreicht. Denn Frauen leisten neben der Erwerbstätigkeit überproportional mehr unbezahlte - und eben auch oft nicht „sichtbare“ - Mehrarbeit im familiären Umfeld. Die SPD setzt sich seit langem dafür ein, dass die Rahmenbedingungen für eine gerechtere und partnerschaftlich aufgeteilte Care-Arbeit und Erwerbstätigkeit geschaffen werden (z.B. das Recht der Rückkehr von Teilzeit in die Vollzeit). Dazu gehören auch kostenlose Kinderbetreuungsplätze, für die wir uns in Köln seit Jahren in besonderen Maße einsetzen.

Zudem muss – gerade auch in der Stadtverwaltung – die Durchlässigkeit für Frauen in Führungspositionen erhöht werden. So dürfen z.B. das Führen in Teilzeit und Jobsharing in Leitungspositionen keine exotischen Konzepte bleiben, sondern müssen personalwirtschaftliche Standardinstrumente werden. Gleiches gilt für Spitzenpositionen in kommunalen Unternehmen.

Hier ist noch viel zu tun.

**Wie wollen Sie gewährleisten,**

**- dass den Familien genügend Zeitressourcen gewährt wird, um Familienleben gestalten zu können?**

**- und gleichzeitig qualifizierte Wiedereinstiegsmodelle ermöglicht werden, sowie flexible Arbeitszeitmodelle für Frauen und Männer mehr und mehr attraktiv werden?**

Auskömmliche und flexible Kinderbetreuungsmodelle sind ein wichtiger Baustein für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die Köln SPD setzt dabei auf ein stärkeres Engagement von Unternehmen. Ich möchte die Betriebe ermutigen, mehr Betriebs-Kitas einzurichten. Dafür müssen aber die verwaltungsinternen Genehmigungsprozesse unbedingt erleichtert werden. Für die neuen Betreuungsbedarfe, zum Beispiel durch veränderte Arbeitszeiten, müssen im System der Kinderbetreuung neue und flexible Lösungen gefunden werden.

Wir brauchen Eltern-Kind-Büros, eine Ausweitung der Homeoffice-Regelungen und der Teilzeitarbeit. Es müssen neue Möglichkeiten der Randzeiten-Betreuung in den Kitas geschaffen werden, die zu flexibleren und bedarfsgerechten Öffnungszeiten führen. Hierfür möchte ich das Kölner Handwerk und die Wirtschaftsbetriebe ebenso wie den DGB an meiner Seite haben. Dies kann im Kölner Bündnis für Familien geschehen, dem ich wieder





Leben einhauchen werde, nachdem es Anfang 2016 auf Betreiben der amtierenden Oberbürgermeisterin gegen den Willen der Beteiligten beendet wurde.

Mit dem Ziel, gute Arbeit in Köln zu sichern und zu fördern und einen Beitrag zur Fachkräftesicherung zu leisten, kommt dem "Bündnis für Arbeit" eine wichtige Rolle zu. Das Bündnis muss wieder zu einem Motor, Ideengeber und Projektentwickler für Beschäftigung in Köln werden.

#### **4. Leben im Alter**

**Die Gesellschaft wird immer älter und die Menschen möchten auch im Alter ein gutes Leben führen können. Dazu bedarf es aber u.a. einer altersgerechten Stadtentwicklung, Einkaufsmöglichkeiten, ein gut ausgebauter ÖPNV, eine behinderten gerechte Mobilität und vieles mehr.**

**- Wie stellen Sie sich eine Stadtentwicklung vor, die die Bedürfnisse der unterschiedlichen Generationen aufnimmt und verbindet?**

Die Stadtentwicklung muss endlich in den Blick nehmen, dass wir uns zu einer solidarischen, bunter werdenden Gesellschaft des langen Lebens entwickeln. Zum einem brauchen wir mehr Mehrgenerationenhäuser. Bei Wohnprojekten müssen generell die besonderen Belange der Senior\*innen stärker berücksichtigt werden. Neben senior\*innengerechten Wohnungen müssen wir aber auch Einzelhandel- und Zentrenkonzepte entwickeln. Mit einem funktionierenden Einzelhandel in lebendigen Veedelszentren werden Autofahrten überflüssig und Menschen könnten sich wohnortnah versorgen. Das entlastet alle Generationen. Besonders wichtig ist die gesundheitliche Versorgung, die uns in einigen Stadtteilen Kölns große Sorgen bereitet. Die Verteilung der Arztpraxen über das Stadtgebiet ist ungerecht. Viele Arztpraxen oder Kassenarztsitze wandern aus den ärmeren Vierteln ab. Nur ein Beispiel dafür ist die Schließung der Notdienstpraxen in Mülheim Ende 2019 und in Chorweiler im Januar 2020. Gerade der Stadtteil Chorweiler hat einen sehr geringen Versorgungsgrad an Allgemeinmediziner\*innen und Kinderärzten. Wir streben auch eine faire Kooperation aller Krankenhäuser in Köln an, damit alle erhalten bleiben. In der nächsten Wahlperiode ist die Sicherstellung einer funktionierenden und fußläufig erreichbaren gesundheitlichen Daseinsvorsorge eines unserer wichtigsten Anliegen. Dabei legen wir auf die Belange von Fußgänger\*innen als schwächste Verkehrsteilnehmer ein besonderes Augenmerk. Eine Fußgängerbeauftragte soll daher dafür sorgen, dass in der ganzen Stadt die Interessen der Zu Fuß Gehenden immer mitgedacht werden und besser als heute bei Planungen und der Umsetzung von Verkehrsmaßnahmen durchgesetzt werden können. Wege für Fußgänger müssen barrierefrei gestaltet sein und vor missbräuchlicher Nutzung bewahrt werden.

Für gute Verbindungen mit dem öffentlichen Personennahverkehr werden wir die Anbindung weiterer Veedel wie z.B. Stammheim, Flittard und Neubrück oder auch Merkenich-Süd an die Stadtbahn voranbringen und mit neuen Buslinien die Verbindungen zwischen den Stadtteilen verbessern. Wir wollen außerdem dafür sorgen, dass unsere Haltestellen viel schneller barrierefrei werden. Dazu gehört für uns auch, dass kaputte Aufzüge und Rolltreppen an Haltestellen zügig







repariert werden, damit diese auch von mobilitätseingeschränkten Menschen und Fahrgästen mit Kinderwagen benutzt werden können.

**- Welche Ideen haben Sie, Wohnen im Alter, auch bei Pflegebedürftigkeit, lebenswert und bezahlbar zu gestalten?**

Wir möchten älteren Menschen ermöglichen, sich unter der Vielfalt der Wohnmöglichkeiten im Alter – ob alleine, mit Partner, in Familien, in Wohn- oder Hausgemeinschaften oder in der stationären Pflege – diejenige auszusuchen, die sie selbst für die beste halten. So lange und so weit wie möglich müssen die individuellen Bedürfnisse zählen. Aber: Bezahlbare bedarfsgerechte Wohnungen für ältere Menschen sind in Köln leider sehr knapp. Hinzu kommt, dass immer mehr ältere Menschen von Altersarmut betroffen sind und sich die hohen Mieten nicht leisten können. Hier ist die Stadt gefordert, bezahlbare und barrierefreie Wohnungen zu errichten. Allerdings reicht eine bauliche Verbesserung nicht immer aus, und pflegebedürftige Menschen brauchen irgendwann vielleicht auch fremde Hilfe. Hier favorisieren wir den Ausbau der präventiven Hausbesuche, und der ambulanten Pflege mit ihren haushaltsnahen Hilfen. Diese Systeme müssen schnell ausgebaut werden.

Allerdings gibt es in der ambulanten und stationären Pflege an allen Ecken und Enden Probleme: So wurde bis zum Jahr 2025 für Köln ein zusätzlicher Bedarf von 1.100 Pflegeplätzen prognostiziert. Um diesen zu decken, müssten sich bereits heute 14 Bauvorhaben für Pflegeeinrichtungen in Planung befinden. Schwer belastend kommt hinzu, dass Pflegebedürftige für die Betreuung in einer Einrichtung im bundesweiten Schnitt einen Eigenanteil von 1.940 Euro im Monat aus eigener Tasche hinzusteuern müssen. Mit durchschnittlich 2.357 Euro Zuzahlung zahlt man in Nordrhein-Westfalen im Vergleich zu den anderen Bundesländern am meisten. Das können sich immer weniger Kölner Senioren leisten. Hier sehen wir vor allem das Land und den Bund in der Pflicht. In der Kommune haben wir zwar wenig Einflussmöglichkeiten, aber wir werden uns auf allen Ebenen dafür einsetzen, dass Pflege bezahlbar und ambulante Pflege für so viele Menschen wie möglich ermöglicht wird.

Wir möchten auch nachbarschaftliche Unterstützungsnetzwerke aufbauen und andere Wohnformen, die Pflege und Betreuung einschließen, ausweiten, z. B. das Konzept „Wohnen für Hilfe“. Wichtig ist zudem, dass wir die pflegenden Angehörigen von z. B. Menschen mit Demenz entlasten und ihren Bedarf an Unterstützung auch im psychosozialen Bereich decken. Sie müssen besonders gefördert werden, z. B. durch Zeitkonten oder betriebliche Freistellungen für die Pflege. Die Sozial-Betriebe Köln bieten Individualwohnen im Appartementhaus an, wo dann ein Übergang zu betreutem Wohnen für unterschiedliche Zielgruppen mit der letztlichen Möglichkeit der Versorgung durch Pflegedienste sichergestellt ist. Solche Wohnprojekte mit stufenweisen Übergängen entsprechend dem individuellen Bedarf sind planerisch und städtebaulich auszuweiten.

